

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Sehr geehrte Damen und Herren,

ein Haushalt mit einem Defizit von 1,5 Mill. Euro ist sicherlich alles andere als erfreulich und Grund zu Besorgnis. Der Gestaltungsspielraum für eine innovative und bürgerfreundliche Politik wird immer enger, er ist aber durchaus noch vorhanden, um eine Politik für die Bürgerinnen und Bürger zu machen.

Aufgrund der Einführung des NKF ist es in diesem Jahr nicht nur für Aussenstehende besonders schwierig, Vergleiche zum Haushalt der Vorjahre zu ziehen, sondern auch für die Mitglieder des Rates eine völlig neue Herausforderung, bei der auch für uns nicht immer alle Zusammenhänge im Detail sofort erkennbar sind und waren.

Bündnis 90/Die Grünen möchten hier nochmals allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung ein großes Lob aussprechen, die die Umstellung des Haushaltes auf das neue NKF in den vergangenen Monaten mit viel Fleiß; Engagement und Sachverstand bereits fast vollständig vorgenommen und somit der Gemeinde Olsberg einen Vorsprung gegenüber anderen Kommunen verschafft haben. Als Vorschlag an die Verwaltung und den Rat sollte die Überlegung gehen, ob es weiterhin sinnvoll ist, den Ratsmitgliedern ein Haushaltsbuch von über 370 Seiten vorzulegen oder ob es möglich ist, dieses auf einen Umfang zu reduzieren in dem alle für die Entscheidungsträger wichtigen Informationen bereitgestellt werden.

Ein entscheidendes Problem des Haushaltes bleibt weiterhin die Kürzung der Schlüsselzuweisung des Landes, zurückzuführen auf das hohe Gewerbesteueraufkommen. Hier stellt sich die Frage, in wie weit die Kopplung dieser beiden Finanzposten noch zeitgemäß ist, da eine realistische Schätzung des Gewerbesteueraufkommens kaum möglich ist.

Positiv herauszuheben ist sicherlich, dass die Stadt Olsberg auf eine Erhöhung der Grundsteuer- und Gewerbesteuer-Hebesätze verzichten konnte und im Jahr 2006 nicht dem Haushaltssicherungskonzept unterliegt, was jedoch lediglich auf die Umstellung auf das NKF zurückzuführen ist; für 2007 steht dieses Konzept jedoch bereits wieder auf der Tagesordnung.

Abzuwarten bleiben die Auswirkungen des langen Winters auf die Kosten der Straßenreinigung und besonders auf den Zustand der Straßen. Ob für 2007 dadurch die Gebühren für die Strassenreinigung gehalten werden können erscheint uns z. Zt. mehr als fraglich. Evtl. wäre es wünschenswert gewesen, bereits jetzt eine moderate Erhöhung der Gebühren zu erwägen. Allein vor dem Hintergrund, dass durch den langen Winter die Energiekosten ebenfalls entsprechend steigen werden, wäre die unangenehme Überraschung für den Bürger der vielleicht zumutbarere Weg gewesen. Ein weiterer Risikofaktor für den kommunalen Haushalt ist die für 2007 geplante Mehrwertsteuererhöhung, die ebenfalls die Kommunen weiter belasten wird.

Bündnis 90/Die Grünen haben die Beschlüsse zum Bau des neuen Bades und des Zentralen Omnibusbahnhofs mit getragen. Ebenso fordern und fördern wir den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung und die Einrichtung der offenen Ganztagsgrundschule. Wichtig für die Bürgerinnen und Bürger ist jetzt die schnellstmögliche Umsetzung des Bäderkonzepts sowie die Umsetzung der Ganztagsgrundschule.

Die Regierungswechsel in Bund und Land haben für die Kommunen bisher keinerlei Verbesserungen gebracht, sondern weitere Belastungen, die sich u.a. in den Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich zeigen, sowie der geplanten Auflösung der Grundschulbezirke, die für viele Schulen in NRW das vorzeitige Aus bedeutet und sozial schwächer gestellte Kinder und Familien weiter benachteiligt. Hier sind die Kommunen gefordert, parteiübergreifend gegenzusteuern. Unser heutiger Antrag einer Resolution an die Landesregierung ist sicherlich ein Schritt auf diesem Weg.

Trotz aller erforderlichen Investitionen in Bauprojekte, darf darüber nicht vergessen werden, ausreichend Mittel für Kinderbetreuung und Bildung, für sozialen Frieden und Integration der Menschen bereitzustellen, die Olsberg als ihren neuen Lebensmittelpunkt ausgesucht haben, egal ob es sich dabei um Mitbürger ausländischer Herkunft oder deutsche Staatsbürger handelt. Ebenso ist es unerlässlich, den sozial schwächer gestellten Bürgerinnen und Bürger die Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben zu ermöglichen, dies gilt es u. a. bei der späteren Preisgestaltung für die Eintrittspreise des neuen Bades zu berücksichtigen.

Verbesserungsbedürftig ist in Olsberg sicherlich die Betreuung und das Freizeit- und Bildungsangebot für die Jugendlichen der Stadt. Mit der Beseitigung so genannter „Angsträume“ ist es hier sicher nicht getan. Seitens der Jugendlichen ist hier jedoch auch die Bereitschaft zur Eigenverantwortung und –kontrolle erforderlich. Vielleicht wirkt sich hier ja bereits die geplante Einrichtung der offenen Ganztags Hauptschule positiv aus.

Abschließend sei gesagt, dass in den kommenden Jahren auf alle Bürger Belastungen zukommen werden, die nur gemeinsam zu schultern sind. Hierbei sollten wir trotz aller notwendigen politischen Auseinandersetzungen immer das gemeinsame Ziel vor Augen haben, dass alles zum Wohle der Bürger getan und nicht versucht wird, sich nur auf Grund parteipolitischer Interessen irgendwie und irgendwo ein Denkmal zu setzen. Die geplante Erneuerung des Hallen- und Freibades hat gezeigt, dass dieser Weg möglich ist und man mit vernünftigen Argumenten und unter Beteiligung der Bürger diese mit ins Boot nehmen kann.

In der Hoffnung auf eine Fortführung der konstruktiven Zusammenarbeit der Ratsfraktionen und Verwaltung wird die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen dem vorliegenden Haushaltsentwurf zustimmen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.